



„Krieg und Frieden“

Selbstverteidigung ist keine Eskalation, sondern ein Grundrecht

Dr. Klaus Olshausen

Juni 2024

Zusammenfassung

Bundeskanzler Scholz setzt wie Präsident Biden das Vermeiden eines „großen Krieges mit Russland“ an die erste Stelle. Er will dann aber sicherstellen, dass die Ukraine ihre Unabhängigkeit und Souveränität verteidigen kann. Wer sein Hauptaugenmerk auf das zu Vermeidende richtet, wird seinen positiven politischen Zweck – eine unabhängige, souveräne Ukraine von 1991 – nicht erreichen können, vielleicht nicht einmal wollen – wenn man den Schilderungen der FAS vom 2. Juni folgt. Bei der hochrangigen Konferenz zum Frieden in der Ukraine, die die Schweiz mit der Ukraine Mitte Juni gestaltet, wird sich zeigen, ob die westlichen Staaten eine größtmögliche Unterstützung vieler Staaten für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden zur Umsetzung der „ukrainischen Friedensformel“ erreichen. Krieg und Frieden sind verwoben. Die Ukraine braucht für ihre Souveränität jetzt starke militärische Unterstützung. Eine erfolgreiche Selbstverteidigung bildet ein wesentliches Fundament, um für einen Frieden der Selbstbestimmung und Gleichheit aller Staaten die Zustimmung der Mehrheit der Staaten zu gewinnen und so Angriffe des revisionistisch-kolonialen Russland zurückzuweisen.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Russland schafft seit Wochen im Nordosten der Ukraine eine neue Front, plant einen Durchbruch und beabsichtigt dazu, die Millionenstadt Charkiw zielgerichtet zu zerstören. Erst in der vergangenen Woche führte diese kritische Entwicklung für die Ukraine zu Ereignissen und Entwicklungen, die die Uneinigkeit unter den NATO-Staaten zeigte und damit mühsame Schritte erforderte, um mehr Regierungen zu überzeugen, den Streitkräften der Ukraine (endlich) zu erlauben, die gelieferten Waffen auch gegen militärische Ziele in Russland einzusetzen, und so eine erfolgreiche Verteidigung im Nordosten zu ermöglichen und insbesondere den Schutz von Charkiw deutlich zu verbessern.

Die Aggression Russlands ist im dritten Jahr, und erst jetzt wird den westlichen Staaten deutlich, dass man Entscheidungen zwischen zwei konfligierenden politischen Zwecken treffen muss. Diese im Ergebnis nicht miteinander vereinbaren politischen Zwecke hat Präsident Biden im Mai 2022 wie folgt formuliert

1. „We want to see a democratic, independent, sovereign and prosperous Ukraine with the means to deter and defend itself against further aggression.“
2. “We do not seek a war between NATO and Russia. ... we will not be directly engaged in this conflict, either by sending American troops to fight in Ukraine or by attacking Russian forces. We are not encouraging or enabling Ukraine to strike beyond its borders. We do not want to prolong the war just to inflict pain on Russia.”

Vom ersten politischen Zweck ist Amerika mit seinen Verbündeten und Partnern heute weit entfernt. Daran hat das Festhalten am dritten Element des zweiten Zwecks einen großen Anteil. In Amerika wie in Deutschland war diese Festlegung der Politik weniger davon geprägt, wie der erste Zweck dennoch zu erreichen sei. Der zweite Zweck war der Beurteilung geschuldet, der eigenen Bevölkerung zuzusichern, dass die Unterstützung der Ukraine – nach dem Scheitern in Afghanistan – zu keiner aktiven Beteiligung an einem „kinetischen Krieg“ führen werde.

Es widerspricht jeder Einsicht in das Austragen eines Krieges, dem Aggressor ein Sanktuarium zuzugestehen. Wenn Amerika und der Westen keinen „kinetischen Krieg“ gegen Russland führen und den ersten politischen Zweck erreichen wollen, dann müssen sie eben die Ukraine ermutigen und befähigen, die militärischen Quellen in Russland, von denen aus der Raketenhagel gegen die ganze Ukraine geführt und die Bodenoffensiven genährt werden, wirksam zu bekämpfen. Was Amerika und Deutschland jetzt (nur) für die Region ostwärts des Oblast Charkiw erlaubt haben, kann unterstreichen, wie die Selbstverteidigung der Ukraine örtlich gestärkt werden kann.

Wenn das erforderlich ist, folgt für den ersten politischen Zweck, dass der Ukraine auch die Befähigung gegeben werden muss, Einrichtungen wirksamer zu bekämpfen, von denen Raketen, Marschflugkörper, Drohnen – und zuletzt verstärkt Gleitbomben – gegen kritische Infrastruktur, aber auch gezielt gegen zivile Einrichtungen abgeschossen werden. Beide Schritte sind keine Eskalation des Krieges, sondern reagieren (endlich) auf die seit über zwei Jahren massiv verstärkten russischen Angriffe im ganzen Land.

Diejenigen, die jedes westliche Handeln zugunsten der Ukraine als Eskalation be- und verurteilen, verfolgen andere politische Zwecke. Sie wollen einen Waffenstillstand, das „Einfrieren“ des Krieges auf dem militärischen und politischen Status quo. Sie nehmen die Amputation der Ukraine, die Unterjochung der verbleibenden Bevölkerung in Kauf und sehen die Rest-Ukraine als Einflusszone Russlands. Außerdem glauben sie nicht, dass



Putin seine weiterreichenden expansiven Ziele ernst meint. Sie werfen den Unterstützern der Ukraine in Regierung und Gesellschaft „überbordenden Kriegseifer“ vor und wollen nicht einräumen, dass ihre eigenen „Friedensforderungen von Empathielosigkeit gegenüber den Betroffenen“ zeugen.

Wem Überlegungen und Schritte für eine Friedenslösung aus dem Aggressionskrieg Russlands fehlen, der hat offensichtlich – wie Bischof Kohlgraf als Präsident von Pax Christi – nicht mitbekommen, dass die Ukraine seit dem November 2022 mit einer Zehn-Punkte-Friedensformel in mehreren Ländern Konferenzen erreicht hat, um viele Regierungen für (s)einen Frieden auf Grundlage der VN-Charta und der VN-Resolutionen vom März 2022 (Verurteilung der Aggression) und Februar 2023 (russischer Rückzug aus der Ukraine) zu gewinnen.

Die Schweiz hatte schon im Januar ihre Bereitschaft erklärt, gemeinsam mit der Ukraine – wenn keinen „Friedensgipfel“ – dann eine hochrangige Konferenz zum Frieden in der Ukraine vorzubereiten und durchzuführen. Diese wird am 15. und 16. Juni stattfinden, und sie bietet die Gelegenheit, die vom Europäischen Rat unterstützten outreach-Bemühungen fortzusetzen, um größtmögliche internationale Unterstützung für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden und zur Umsetzung der „ukrainischen Friedensformel“ zu erreichen.

Diese verstärkten Aktivitäten bleiben zwingend, um den auch in diesen Tagen häufig auftauchenden Vorschlägen für einen schnellen Waffenstillstand, die nur dem Aggressor dienen, klare diplomatische Maßnahmen entgegenzusetzen. Die Absage Chinas – des Verbündeten Russlands in diesem Krieg – zeigt auch seine Sorge, in eine schwierige politische Situation zu geraten. Und Putin mit seinen Expansionsplänen muss eine solche Konferenz natürlich verteufeln.

Schwerpunkt der politischen und diplomatischen Schritte für und in dieser Konferenz muss sein, möglichst viele der 140 Staaten, die in zwei Resolutionen den Angriffskrieg verurteilt und den bedingungslosen Rückzug Russlands aus der Ukraine gefordert haben, zur Unterstützung wesentlicher Forderungen der Friedensformel zu gewinnen.

Krieg und Frieden sind verwoben. Die erfolgreiche Selbstverteidigung der Ukraine für seine Unabhängigkeit und territoriale Souveränität braucht starke militärische Unterstützung. Und die Arbeit für einen Frieden der Selbstbestimmung und der Gleichheit aller Staaten muss von der Mehrheit aller Staaten getragen werden, um Angriffe des imperial-kolonialen Russland in die Schranken zu weisen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen